

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

60. Sitzung

am Mittwoch, dem 21. April 2004, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Uwe Greve (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Gisela Böhrk (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Politische und wirtschaftliche Situation Polens vor dem Hintergrund des EU-Beitritts	4
Berichterstatter: Wolfgang Behrsing, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung	
2. Energieversorgungsprobleme in Kaliningrad - Gespräch mit Experten	6
- Dr. Klaus Rave, Investitionsbank Schleswig-Holstein - Hans Eimannsberger, Leiter der Energieagentur bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein - Heino Mengers, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	
3. Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Prinzips in der Landesverwaltung	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3045 (neu)	
(überwiesen am 21. Januar 2004 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)	
4. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Politische und wirtschaftliche Situation Polens vor dem Hintergrund des EU-Beitritts

Berichterstatter: Wolfgang Behrsing, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung

Herr Behrsing weist darauf hin, dass bei der Arbeit in internationalen Netzwerken die Bedeutung der interkulturellen Kompetenz nicht unterschätzt werden dürfe. Sollte Interesse vorhanden sein, könnte die Landeszentrale für politische Bildung dem Schleswig-Holsteinischen Landtag ein Angebot für ein Seminar zur interkulturellen Kompetenz im Ostseeraum unterbreiten.

Um sich in die Situation Polens einzulesen, empfehle er das Buch „Polen“ von Thomas Urban, erschienen als Sonderauflage für die Zentralen für politische Bildung in der beckschen Reihe Länder.

Angesichts des bevorstehenden Beitritts Polens zur Europäischen Union seien die Stimmung in den Medien und die öffentliche Meinung als euphorisch zu bezeichnen. Die Bevölkerung reagiere verhaltener, da eine allgemeine Preissteigerung befürchtet werde.

Polen arbeite darauf hin, der Euro Zone möglichst im Jahr 2006 beizutreten. Die Arbeitslosigkeit betrage im polnischen Durchschnitt 19 % und sei damit die höchste unter allen neuen Mitgliedstaaten. 20 – 24 % aller Beschäftigten arbeiteten nach wie vor in der Landwirtschaft, bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße von sieben ha. Der Anteil des von der Landwirtschaft erwirtschafteten Bruttosozialprodukts liege bei 22 %. Die Unternehmen der polnischen Großindustrie würden immer noch staatlich geführt. Der polnische Sloty sei stabil.

Bei den anstehenden Wahlen in Polen werde ein Rechtsruck befürchtet. Die Protestpartei „Selbstverteidigung“ unter Führung von Andrzej Lepper könne möglicherweise 20 % der Stimmen auf sich vereinigen. Sie vertrete vor allem die Wähler in den ländlichen Räumen und verbreite eine europafeindliche Stimmung.

In Polen werde zurzeit eine Bildungsreform durchgeführt, die eine Zertifizierung der Leistungen der einzelnen Schulen vorsehe. Die Wojewodschaft Pommern führe dieses neue System als erste Gebietskörperschaft ein.

Die Lehrer in Polen zeichneten sich durch eine hohe Leistungsbereitschaft bei geringem Gehalt (durchschnittlich 300 € / Monat) aus. Wechselseitiger Respekt zwischen Lehrern und Schülern und Disziplin an den Schulen seien kennzeichnend für das polnische Schulsystem. (Wirtschafts)deutsch nehme als Fremdsprache einen wichtigen Stellenwert ein; zum Teil vor Englisch.

Jedes Jahr werde eine Bildungsmesse in Danzig durchgeführt. Das Hochschulpersonal stehe dabei den Abiturienten zur Beratung zur Verfügung. Die Aufnahmeprüfung für die Universitäten sei in Polen sehr streng.

Im März dieses Jahres habe auf Anregung des Europaausschusses erstmalig ein Lehreraustausch mit Pommern stattgefunden. Sechzehn Lehrer der verschiedenen Schularten aus Schleswig-Holstein seien in diesem Jahr nach Polen gefahren, um an einem landeskundlichen und schulpraktischen Besuchsprogramm teilzunehmen. Die Lehrer hätten selbst in ihren Fächern unterrichtet und seien bei ihren Kollegen privat untergebracht worden.

Im Mai 2005 kämen die Lehrer aus Pommern zu einem Gegenbesuch nach Schleswig-Holstein. Das Programm werde von der Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der deutschen Auslandsgesellschaft in Lübeck erarbeitet. Um die Durchführung des Austauschprogramms zu gewährleisten, seien die Träger auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Er bitte den Schleswig-Holsteinischen Landtag um Prüfung, ob ein Zuschuss in Höhe von 5000 € gewährt werden könne.

Abg. Behm erbittet eine Einschätzung, ob nach dem EU Beitritt Polens mit einer Überschwemmung des deutschen Arbeitsmarktes durch polnische Arbeitnehmer und Unternehmen zu rechnen sei.

Herr Behrsing bezieht sich auf eine Aussage des Hauptgeschäftsführers der IHK zu Kiel, Herrn Wolf-Rüdiger Janzen, nach der bereits jetzt zahlreiche polnische Arbeitskräfte in Deutschland tätig seien. Ein weiterer drastischer Anstieg sei nicht zu erwarten.

Abg. Höfs berichtet, sie hätte in Polen den Eindruck gewonnen, dass die jungen Leute Europa kennen lernen, aber auf jeden Fall in ihr Land zurückkehren wollten.

Abg. Ritzek führt an, dass die Auswertung der Fortschrittsberichte für den Beitritt Polens zur Europäischen Union nach wie vor Defizite erkennen ließe und dass das Geld der EU Strukturfonds aufgrund fehlender Projekte und fehlender Kofinanzierung von Polen voraussichtlich nicht in voller Höhe abgerufen werden könne. Wie reagiere die politische Führungsebene auf diese Probleme?

Herr Behrsing verweist darauf, dass der Strukturwandel in Polen, als dem größten der neuen Mitgliedstaaten, wesentlich größere Anstrengungen als beispielsweise in den Baltischen Staaten verlange. Aufgrund der konsequenten Investition in Bildung erwarte er auf längere Sicht eine positive Entwicklung für Polen.

Abg. Greve appelliert, nicht nur den Rechtspopulismus per se, sondern seine Ursachen, die hohe Arbeitslosigkeit und das fehlende soziale Netz in Polen, zu bekämpfen. Die Regierung müsse hierauf eine Antwort finden.

Abg. Spoorendonk bemerkt, im Hinblick auf die Förderung von Austauschprogrammen, Zweisprachigkeit und interkulturellen deutsch-polnischen Kontakten seien wir gefordert, mehr zu tun. Auf bundesdeutscher Ebene vermisse sie entsprechende Ansätze. Nach der gescheiterten Konferenz der europäischen Staats- und Regierungschefs im Dezember und dem Regierungswechsel in Spanien habe sie den Eindruck, Polen sei durch seine Blockadehaltung im Hinblick auf die Verabschiedung der EU-Verfassung isoliert.

Herr Behrsing glaubt, die veränderte Haltung Spaniens habe auch zu einem Umdenken in Polen geführt. Er erwarte eine Problemlösung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Energieversorgungsprobleme in Kaliningrad – Gespräch mit Experten

Berichterstatter: Dr. Klaus Rave, Investitionsbank Schleswig-Holstein,
Hans Eimannsberger, Leiter der Energieagentur bei der
Investitionsbank Schleswig-Holstein,
Heino Mengers, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Dr. Rave stellt die Investitionsbank Schleswig-Holstein und die Energieagentur vor. Herr

Eimannsberger erläutert die aktuellen Projekte der Energieagentur in den Jahren 2003 und 2004 (Kopie des power-point gestützten Vortrages in der Anlage).

Herr Eimannsberger betont, dass sich aufgrund der hohen Vorlaufkosten und der allenfalls langfristig zu realisierenden Erfolgsaussichten nur wenige im Energie- und Umweltbereich tätige Betriebe aus Schleswig-Holstein in Kaliningrad engagieren könnten. Am ehesten kämen größere Stadtwerke sowie Wind-, Biomasse- und Abfallwirtschaftsunternehmen in Frage.

Herr Mengers ergänzt, Kaliningrad sei zu fast 100% auf Energieimporte aus Russland und Litauen angewiesen. In Kaliningrad würden mehrere Heizkraftwerke betrieben, weitere seien im Bau. Ein Windpark, der zuvor fünf Jahre in Dänemark gestanden hätte, wäre kostenlos an Kaliningrad übertragen worden. Es sei beabsichtigt, weitere Windenergieanlagen in Küstennähe aufzustellen. Wasserkraftwerke sollten saniert werden. Vor der Kurischen Nehrung werde Öl gefördert. Der Gasimport durch Belarus sei störanfällig, da der Gasdurchfluss häufig unterbrochen würde. Energieimporte seien für Kaliningrad günstiger als die Eigenproduktion. Es gebe ein Sondergesetz für erneuerbare Energien, das eine jährliche Überprüfung der Einspeisungsvergütung vorsehe. Diese solle so bemessen werden, dass sich die Anlagen innerhalb von zehn Jahren refinanzieren würden.

Angesichts der unzureichenden Energieversorgung von Kaliningrad und der bestehenden Sonderwirtschaftszone könnte es für Schleswig-Holsteinische Unternehmen interessant sein, zur Verbesserung der Versorgungslage beizutragen. Vorrangige Maßnahmen seien die Entwicklung von Finanzierungskonzepten, die Beratung vor Ort und Hospitationsprogramme für junge Russen in Schleswig-Holstein.

Frau Schmidt-Kärner verteilt eine kurze Information über die Entwicklung der Energiebranche in Kaliningrad (Anlage).

Abg. Dr. Kötschau weist auf die Bedeutung von know-how transfer, insbesondere in dem Bereich Energieeinsparung hin. Dieses Thema werde bisher vernachlässigt. Angesichts des zunehmenden Wohnungsbaus in Kaliningrad müsse hierauf zukünftig mehr Schwergewicht gelegt werden. Die kostenlose Abgabe von abgeschriebenen Windanlagen könne Beratungs- und Folgeaufträge für repowering Firmen aus Schleswig-Holstein sichern.

Herr Rave bemerkt, Investitionen im Wohnungsbereich hätten eine lange Vorlaufzeit, da es vorrangig um die Modernisierung von Plattenbauten gehe. Nutzer-Investor-Diparitäten sowohl bei Warmmieten (kein Anreiz für Energieeinsparungen) als auch bei Kaltmieten (kein Investitionsanreiz für Vermieter) erwiesen sich in diesem Zusammenhang als nachteilig. Die Sanierung von Wohnraum setze voraus, dass reale Mietpreise erhoben würden und keine Subventionierung von Wohnraum stattfinde.

Als Instrumente für die interregionale Zusammenarbeit zwischen Kaliningrad und Schleswig-Holstein im Energiebereich könnten das Interreg III B Programm bzw. die neue Nachbarschaftsinitiative nutzbar gemacht und eine Ostseeenergiekonferenz erwogen werden.

Herr Eimannsberger unterstreicht die Bedeutung von repowering. Die Senkung des Energieverbrauchslevels müsse grundsätzlich der erste, die sinnvolle Energieerzeugung erst der zweite Schritt sein. In Russland seien die Kommunalwohnungen privatisiert worden, während die Außenhaut der Gebäude und die Treppenhäuser weiterhin dem Staat gehörten. Insofern gebe es keinen Anreiz für den Mieter energiesparende Investitionen vorzunehmen, da er nur zu einem Bruchteil davon partizipiere. Ohne eine Veränderung der Wohnungsstruktur könne kaum eine Verbesserung der Situation erreicht werden.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schlägt vor, nach der Sommerpause in einer Arbeitsgruppensitzung mit Abgeordneten, dem Ministerium und der Energieagentur die Aspekte Energieversorgung, -effizienz, Finanzierungskonzepte und Hospitationsprogramme zu vertiefen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Prinzips in der Landesverwaltung

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/3045 (neu)

(überwiesen am 21. Januar 2004 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Europaausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Ritzek weist darauf hin, dass die deutsch-rumänische Gesellschaft in kleinem Rahmen ein Austauschprogramm durchführe: Ein bis zwei Schüler (11. Schuljahr) aus Bukarest kämen für sechs Wochen nach Schleswig-Holstein. Umgekehrt würden dann die Schüler aus Schleswig-Holstein nach Bukarest reisen. Es würden noch Finanzierungsmöglichkeiten für die Flugkosten, ein geringes Taschengeld und die Krankenversicherung gesucht.

Der Vorsitzende, Abg. Rolf Fischer, schlägt vor, in Erfahrung zu bringen, ob eine Europaschule aus Schleswig-Holstein eine Schulpartnerschaft mit Rumänien unterhält.

Abg. Behm bittet den Vorsitzenden gemeinsam mit den Mitgliedern des Europaausschusses zu erörtern, welche Themenschwerpunkte der Ausschuss noch bis zum Ende der Legislaturperiode behandeln wird.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, bietet an, diese Frage am Rande der nächsten Landtagssitzung zu erörtern.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12.30 Uhr.

gez. Rolf Fischer
Vorsitzender

gez. Jutta Schmidt Holländer
Protokollführerin